

des verstorbenen ersten Vorsitzenden Dr. v. Jagzewski der Abgeordnete Dr. v. Wierstki zum ersten Vorsitzenden gewählt. — Arbeiterwohnungen. Ein Entwurf betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten, ist dem preussischen Abgeordnetenhause zugegangen. Der Entwurf stellt weitere 12 Millionen Mark zur Verfügung, die durch eine Anleihe zu decken sind. Durch die bisherigen 12 Gesetze sind für die bezeichneten Zwecke bisher insgesamt 132 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden. Diese Beträge sind im wesentlichen festgelegt, aber den noch vorhandenen Restbestand ist zum größten Teile schon verflüchtigt worden. Das Bedürfnis nach Fortsetzung des segensreichen Werkes besteht in demselben Umfange wie bisher weiter.

— Die diesjährige Tagung des deutschen Landwirtschaftsrates findet vom 14. bis 15. Februar im Herrenhause zu Berlin statt. Aus der Tagesordnung teilen wir folgende Vorträge mit: Maßnahmen für die Fleischversorgung der Bevölkerung (Geheimer Oekonomierat André Braunsdorf); Haben in der Ernährung der ländlichen Bevölkerung Deutschlands wesentliche Veränderungen stattgefunden? (Landesökonomierat Dr. Herz-München); Die Ziele und Wege der landwirtschaftlichen Entwicklung unserer Kolonien (Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Wohlmann-Halle a. S.); Die deutschen Moore und ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft (Professor Dr. Lade-Bremen); Die Weiterbildung der Jugend nach dem Verlassen der Volksschule bis zum Eintritt bei der Truppe (Generalfeldmarschall Graf v. Haeferle-Harnetop); Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der deutschen Industrie und Landwirtschaft (H. Stelmann-Bucher-Berlin, Geheimer Hofrat Opiy-Dresden, Dr. Felber-Berlin, Direktor des Kalisyndikates); Bedeutung und Organisation des landwirtschaftlichen Unterrichtes im Seere (Landesökonomierat Vater-Vode-Mugsburg); Einführung ausländischer Arbeiter in allen Bundesstaaten (Reichsrat Fehr v. Löhningen-Löhningen).

— Der Justizminister über die Nahrungsmittelfälscher. Zum Strafverfahren wegen Verfälschung von Nahrungs- und Genussmitteln hat nach dem „Verl. Lokalan.“ der preussische Justizminister eine Verfügung an die Strafverfolgungsbehörden erlassen. Die Zunahme der Nahrungsmittelverfälschung werde durch die Kriminalstatistik bestätigt. Je mehr die Fälscher die Fortschritte der Wissenschaft mißbrauchen, um die Arten und Mittel der Verfälschungen zu vermehren, um so nachdrücklicher müsse diesem gemeingefährlichen Treiben entgegengetreten werden. Es soll deshalb stets möglichst schnell eingeschritten und auf eine strenge Bestrafung hingewirkt werden. Die Staats- und Amtsanwaltschaften sollen sich aber auch vor Augen halten, daß die Erhebung derartiger Anklagen und die öffentliche Gerichtsverhandlung für die Gewerbetreibenden auch dann mit großen Nachteilen verbunden ist, wenn Freisprechung erfolgt. Deshalb sollen derartige Anklagen von vornherein auf eine möglichst sichere Grundlage gestellt werden. Die Untersuchung der Mittel soll nur Sachverständigen übertragen werden, die genügende Erfahrung und Kenntnisse besitzen; bei dem Verdachte einer Schädigung der Gesundheit sollen auch ärztliche Sachverständige zugezogen werden.

— In der Handelskammer in Regensburg stellte Ludwig Buxtel den Antrag, den in den Voranschlag eingestellten Zuschuß von 200 Mark an den Hansabund zu streichen, da er eine politische Vereinigung der Liberalen sei. Die liberalen Drahtzieher der Kammer waren ganz empört über die „Insinuation“, als leiste der Hansabund liberale Wahlarbeit, indem er diese altersschwache Partei mit Geldmitteln in großem Stile unterstütze und lebhafte den Antrag Buxtels ob. Und trotz des energischen Widerpruches der Liberalen ist es so. Reklamiert ja der Liberalismus bereits in breiter Öffentlichkeit die vom Hansabund bereitgestellte Kriegskasse für sich und seine Zwecke. In einer Versammlung des Hansabundes in Rosenheim antwortete der jungliberale Einberufer der Versammlung auf die Frage, wem denn eigentlich „diese Kriegskasse in Rempten-Zinnenstadt zur Verfügung stehe“, daß sie selbstverständlich für die Liberalen gehöre. Als in einer Versammlung des Hansabundes in Jena ein Herr den Referenten, Herrn Brandt aus Berlin, fragte, wie sich der Hansabund denn verhalten werde, wenn es im neuen Kreise zu einer Stichwahl zwischen dem konfessionellen und dem sozialdemokratischen Kandidaten komme, antwortete Brandt, in diesem Falle werde sich die Zentrale des Hansabundes jeden Eingreifens enthalten und es den einzelnen Parteien überlassen, eine Stichwahlparole auszugeben. Wenn es sich um eine Stichwahl zwischen Liberalen und Sozialdemokraten handeln würde, dann würde sich der Hansabund gewiß keinen Augenblick befinden, den Liberalen Vorparadise zu leisten. Und angesichts solcher Tatsachen wagt man es immer noch zu behaupten, der Hansabund sei nicht liberal! Der Hansabund ist vollständig durchsichtig. Wenn dann eine Handels- oder Handwerkskammer an diese liberale Vereinigung Zuschuß leistet, so vergeudet sie unverantwortlichweise staatliche Gelder.

— Amtlicher Bericht über das argentinische Fleisch. Zurzeit geht man in der Schweiz mit der Absicht um, das argentinische Fleisch wenigstens in gewissen Mengen zur Einfuhr zuzulassen. Die Schweizer Regierung hat in dieser Absicht Erkundigungen in London und Wien eingezogen. Ueber deren Ergebnis berichtet die vorwiegend industrielle Interessen vertretende „Basler Zeitung“ vom 24. Januar 1911 wie folgt:

„Die Qualität des Fleisches wird als gut bezeichnet; erstklassig ist es dagegen nicht. Das Pfund kommt auf etwa 80 Sester — 68 Pfennig (!) zu stehen, der Preis ist aber tatsächlich höher, weil das Fleisch viel Fett enthält. Früher klagte man über zu große Fettmenge nur beim argentinischen Schaffleische, das neben dem Ochsenfleisch in Oesterreich eingeführt wird; heute erstreckt sich diese Ausstellung auch auf das Ochsenfleisch. Auch bei der Möglichkeit, das Fett in irgend einer Weise zu verwerten, darf kein reicher Prozentfay bei der Beurteilung des tatsächlichen Fleischpreises doch nicht außer acht gelassen werden.“

So die industriefreundliche Zeitung. Danach kann von einer besonderen Billigkeit dieses doch auch sonst manche

Bedenken erregenden Fleisches ganz und gar keine Rede sein. 68 Pfennig für das Pfund Fleisch, das von Laiz stark durchwachsen, durch Frost und drei- bis vierwöchentlichen Transport in Geschmad und Gebrauchswert beeinträchtigt ist! Dies nach Darstellung von durchaus unbefangener, teils sogar am Fleischimport interessierter Seite. Oesterreich wie die Schweiz erzeugen allerdings nur etwa 35 Kilogramm Fleisch pro Kopf ihrer Volkszahl aus dem heimischen Viehstande. Da kann die Frage aufstehen: Wie ist diese Fleischlieferung zu ergänzen? Ob selbst diese Not jene Länder zwingt, ihren Einwohnern Großfleisch vorzusetzen, wollen wir dahingestellt sein lassen. In Deutschland aber besteht diese Not überhaupt nicht, denn wir erzeugen 49 bis 50 Kilogramm pro Kopf. Bei uns würde es sich nicht um eine Ergänzung, sondern um eine Verdrängung der heimischen Produktion durch das Großfleisch handeln.

— Linksliberale Arbeiterkandidaturen. Eine Konferenz rheinisch-westfälischer Arbeiter in Düsseldorf getagt hat. Spricht in einer Resolution ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß von den linksliberalen Parteien bisher nicht ein einziger linksliberaler Arbeiterführer in einem auswärtsreichen Reichstagswahlkreise als Kandidat aufgestellt worden ist. Es heißt weiter in der Resolution:

„Die linksliberalen Parteien können bei Verharren auf diesem Standpunkte ernsthaft auf die Mitarbeit der linksliberalen Arbeiter bei den kommenden Reichstagswahlen nicht rechnen. Sie warnen die Parteileitungen, auf dem bisherigen Standpunkte zu beharren, und erwarten von ihrer Einsichtnahme, daß sie eine kampfesfreudige, lückenlose Schlachtlinie der Linksliberalen gegen die Reaktion schafft.“

So weit die Zentralleitung der fortschrittlichen Volkspartei in Frage kommt, kann die „Freie Zeit.“ feststellen, daß diese mehrfach die Persönlichkeiten angegebener freisinniger Arbeiterführer den Wahlkreisen als geeignete Kandidaten in Vorschlag gebracht hat. Der geschäftsführende Ausschuss habe auch in einem vor Monatsfrist erlassenen Rundschreiben an die Wahlkreise dringend auf die Notwendigkeit hingewiesen, bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen möglichst alle Stände und Erwerbsgruppen zu berücksichtigen und ganz besonders dringend die Rominierung von Arbeiterkandidaturen empfohlen. Wenn diese Mahnung noch nicht den in Arbeiterkreisen gewünschten Erfolg gehabt habe, so liege die Schuld nicht an der Zentralleitung der fortschrittlichen Volkspartei. Die definitive Entscheidung über die Aufstellung von Kandidaten liege nicht bei dieser, sondern bei den Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen. Diese scheinen nicht zu wollen! Faule Ausreden. Für getaufte und ungetaufte Juden hat man Platz, Arbeitersekretäre stellt man höchstens da als Kandidaten auf, wo sie durchfallen.

— Hilfe für den Mittelstand. Das „Verl. Tagebl.“ schreibt:

„Zu den verfehlten Versuchen einer Sammlungspolitik kann man wohl von vornherein ein Unternehmen rechnen, das seit einiger Zeit in gewissen, im Abgeordnetenhause tagenden Konferenzen zum Ausdruck kommt, an denen u. a. nicht nur die Herren Erzberger und v. Dewig, sondern auch liberale Abgeordnete sich beteiligen. Dem Unternehmen nach handelt es sich darum, einen Zentralrabattspareverein für ganz Deutschland mit dem Sitz in Berlin zu schaffen, der das Vorkommen und das Sonderrabattwesen durch die Errichtung eines solchen allgemeinen, ganz Deutschland umfassenden Rabattvereins angeblich bekämpfen soll. . . . Hier muß aber darauf hingewiesen werden, daß in unserer Zeit, wo man vor den Wahlen noch versucht, die Angehörigen des Mittelstandes und Detailhandels den reaktionären Parteien wieder zuzuführen, gegenüber einem solchen Unternehmen größte Vorsicht als Deckmantel benutzt werden, um einseitigen parteipolitischen Interessen Vorschub zu leisten. Es ist doch immerhin auffallend, daß plötzlich sich die Herren des blauschwarzen Blockes bereit finden, mit den Liberalen in wichtigen wirtschaftlichen Fragen zusammenzugehen zu wollen. Eine Aufklärung über die weiteren Absichten dieser Konferenz wäre sehr erwünscht.“

Das ist eine ganz tendenziöse Darstellung. Eine Anzahl Abgeordneter aus allen bürgerlichen Fraktionen hat sich dazu vereinigt, um dem Vorkommen zu Leibe zu rücken. Mit Politik hat die Sache gar nichts zu tun. Die Angehörigen des Mittelstandes begreifen vielmehr diese Aktion sehr.

— Als den größten Liberalen auf Erden hat, wie das „Siegener Volksblatt“ meldet, auf einer Generalkonferenz des nationalliberalen Vereins Viktor Quind aus Rüren unter „Nährmischen Velfall“ den „Mann von Nazareth“ bezeichnet. Diese Behauptung, die bisher nur den Sozialdemokraten geläufig war, ist selbst für die nationalliberale Partei ein starkes Stilk.

— Oesterreich-Ungarn. Große Kavallerie-Manöver finden in diesem Jahre in der Gegend von Grodel (Galizien) statt. An den Manövern nehmen 12 Kavallerieregimenter mit Maschinen-gewehrabteilungen und eine Kavallerie-Telegraphenabteilung teil.

— England. In den Ausland getreten sind alle Angestellten der Nordostbahn. Die Güterbeförderung hat vollständig aufgehört. Die Güter häufen sich auf den Kais an. Die Maschinenführer und die Weichensteller haben in Gall die Arbeit niedergelegt. Die Ursache der Ausstandsbewegung ist in der Unzufriedenheit der Angestellten über ihre Behandlung zu suchen, und außerdem fordern sie eine Lohnerhöhung.

— Italien. Die kretische Frage. Die Posten hat ihre Postkoffer in Paris, London und Rom angewiesen, im Falle des Eintreffens einer kretischen Gesandtschaft, die den Anschluß an Griechenland anstreben soll, deren Schritte genau zu verfolgen und ihr mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten.

— Persien. Ein Attentat wurde am Sonnabendnachmittag auf den persischen Finanzminister Semt ed Dauleh verübt. Als er aus seinem Hause herausfuhr, gaben zwei Grusiner eine Anzahl Schüsse auf ihn ab. Die Augen trafen und verletzten den Minister schwer, doch hoffen die Aerzte, ihn am Leben erhalten zu können. Das Attentat soll aus Privatrage erfolgt sein.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 6. Februar 1911

— Se. Majestät der König ist Sonntag morgen mit Gefolge an Bord des Lloyd-Dampfers „Großer Kurfürst“ wohlbehalten in Port Said eingetroffen.

— Bei Ihrer Königl. Hoheit der Prinzessin Mathilde fand am Sonntag eine Familientafel statt, an der die königlichen Prinzen und Prinzessinnen, sowie Ihre königlichen Hoheiten Prinz und Prinzessin Johann Georg teilnahmen.

— Se. königliche Hoheit Prinz Johann Georg nahm am Montagvormittag die Vorträge der Staatsminister entgegen.

— Tarifliche Arbeitsmonopole. Die evangelischen Arbeitervereine Sachsens haben sich kürzlich in einer Resolution gegen den sozialdemokratischen Terrorismus gewandt, der seinen unerträglichsten und gefährlichsten Ausdruck in tariflichen festgelegten Arbeitsmonopolen findet. Der „Grundstein“, das Organ des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes, regt sich in seiner Nr. 3 vom Jahre 1911 darüber auf und schreibt zum Schlusse, so lange der Beweis nicht erbracht würde, wo von den sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen die tarifliche Ausschließung Anders- oder Nichtorganisierter von der Arbeit verlangt sei, müsse er diese Bezeichnung „als eine grobe Unwahrheit“ bezeichnen. Der Beweis ist leicht erbracht. Ein sozialdemokratisches Arbeitsmonopol besteht: 1. im Chemigraben- und Stupferdruckgewerbe für das ganze Reichsgebiet; 2. im babilischen Gasergewerbe; 3. in einer Anzahl von örtlichen Betrieben resp. Gewerbegruppen, hauptsächlich der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Der vom sozialdemokratischen Buchdruckerverband mit großer Zähigkeit verfolgte Plan, auch für das deutsche Buchdruckergerbe ein solches Monopol durchzudrücken, ist nur an dem festen Widerstande der christlich-nationalen Gewerkschaften gescheitert. Deren weitere Erstarkung bietet die einzige Gewähr dafür, den sozialdemokratischen Machtgelüsten wirksam Einhalt zu bieten.

— Endlich einmal ein Widerruf der „Leipz. Nachr. Nachr.“. Der Oberkulturkämpfer an der Spitze, der es bekanntlich liebt, alle Klatschbasengeschichten, die er irgendwo aufreiben kann, in den Blättern seines großen Geistes zu verewigen, sieht sich zu folgendem Widerruf gezwungen: „Die Kirche hat einen guten Mann. Unter dieser Spitzmarke übernahmen wir kürzlich die in bayrischen Blättern enthaltene, kuffischen erregende Nachricht, daß der Pfarrer von Wehring in Oberbayern sich von einem Bauernjungen, der 5000 Mark gewonnen hatte, 2000 Mark für die Kirche habe geben lassen. Nach einer uns eingesandten Erklärung im „Burghäuser Anzeiger“ hat der glückliche Gewinner aus freien Stücken bei seinem Pfarrer eine Messe bestellt, und ihm ebenso freiwillig 20 Mark, nicht 2000 Mark, wie ein Schalk geschrieben hatte, zum Kirchenbau gegeben. Der Pfarrer von Wehring stellt also gerechtfertigt da, und der glückliche Gewinner hat auch seine 2000 Mark noch auf der Sparkasse.“ — Was hätte Wase „Leipz. N. Nachr.“ wohl zu tun, wollte sie alle Winkelhischörchen, mit denen sie die „Wohheit der Kirche“ malen will, richtig stellen?

— Die Fastnacht naht und sie hat bereits eine neue politische Partei im Gefolge. Die Zeitschrift „Das Leben“ vertritt diese „Universal neue kuffischen erregende Weltanschauung“ (Verlag Peter Beder-Magdeburg). Hören wir dies ulkige Programm dieser neuesten Wille der Kultur; es lautet: „Die Zeitschrift „Das Leben“ vertritt die kuffischen erregende Ansicht, daß die Gedanken der Menschen die Naturkräfte beeinflussen, so daß die Natur stets soweit ungerecht sein muß, soweit die Menschen gegen einander ungerecht sind, und daß die Gedanken der Menschen die ganze Erde regieren. Die schlechte und unfreundliche Witterung, die Erdbeben, die Krankheiten und jede sonstige Naturunfreundlichkeit sind ohne jede Ausnahme dem unrichtigen und ungerechten Denken der Menschen zuzuschreiben. Die Zeitschrift „Das Leben“ verkündet mit dieser Weltanschauung einen ganz neuen Zeitalterschnitt, welcher der Menschheit viel mehr gutes bringen wird, als wie die bisherige Weltanschauung schlechtes und böses gebracht hat. Sie weiß noch, daß sich nur auf Grund dieser Weltanschauung die Steuern ermäßigen lassen, die Lebensmittel billiger werden können und auch für jeden Menschen ein hohes Pensionsrecht, somit eine gesicherte Lebensstellung zu erreichen ist.“

Wahr kann man nicht verlangen. Wir wetten, daß diese Zeitschrift durch ihre kuffischen erregenden unlogischen Behauptungen in kurzer Zeit mehr Leser finden wird, als jede ernste Schrift. Und doch steckt ein Stück Wahrheit in diesen Sätzen. Allerdings steht jeder Vernünftige ein, daß der Mensch keinen Einfluß auf die Naturkräfte hat und Witterung und Erdbeben nicht beeinflussen kann. Wenn aber die Gabsucht und Genußsucht nicht mehr Triebfeder der Handlungen sind, dann gibt es kaum eine Leuerung, denn diese wird durch die Lebensmittelringe hervorgerufen, nicht durch einen Mangel an Naturerzeugnissen, dann gibt es keine Kriegsgefahr, daher auch keine bis an die Zähne gerüsteten Staaten. Die Steuerhöhe muß sofort sinken. Aber das ist keine neue Wissenschaft und neue Weltanschauung. Das Christentum hat die Lehre der Nächstenliebe vor 2000 Jahren in die Welt gebracht. Wenn diese gewaltige moralische Macht die Ungerechtigkeit gegen die Mitmenschen nicht aus der Welt schaffen, sondern nur mäßigen konnten, so wird dem pantheistischen Gedanken noch viel weniger die Bähmung der Leidenschaften gelingen. Die soziale Frage ist mit einem Schlage gelöst, wenn die Menschheit sich zu den Lehren des göttlichen Weislers nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Tat bekennt. Die Selbstverleugnung des einzelnen zum Besten des großen Ganzen ist Grundbedingung.

— Wetterprognose der Königl. Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden für den 7. Februar: Nordwinde, heiter, sehr kalt, trocken.

— Bericht vom Böhmerlande: Vor- und nachmittags starker Nebel, starke Schneedecke, fester guter Weg bis Annaberg, Schneehöhe 50 Zentimeter, starker anhaltender Raufrost.

— Bericht vom Sächselberg: Gute Schiltenbahn bis in die Täler hinab, starker anhaltender Reif, grobhartiger Raufrost.

— Bericht vom Greifenstein: Beklabad, 4 Grad Wärme, 45 Zentimeter Schnee herrliche Winterlandschaft, Raufrost, gute Rodelbahn.

— Wegen Verleumdung Sr. Majestät des Königs wurde die von Jules Suret, dem bekannten Mit-